

N i e d e r s c h r i f t

**der 16. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 22.06.2006**

öffentlich

Ort: Ratshof, Raum 105/107
Marktplatz 1
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	ab 17:15 Uhr
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	bis 17:45 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	ab 17:15 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	bis 18:00 Uhr
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Thomas Wünsch	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	vertreten durch Herrn Bartl
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Lutz Sacher	SKE	
Frau Sabine Däschler	SKE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	

Verwaltung:

Herr Eberhard Doege
Frau Gudrun Beitz
Frau Regina Fehse
Frau Uta Balleyer
Herr Dr. Ernst Müllers
Frau Rita Lachky
Herr Arne Sicks

Gäste:

Frau Schneutzer zu TOP 4.1.	Beauftragte für Integration und Migration
Herr Dr. Diaby zu TOP 4.1	Vorsitzender des Ausländerbeirates
Herr Gey zu TOP 5.1.	GB II, FB 66

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2006
4. Vorlagen
 - 4.1. Beitritt zu europäischen Netzwerken auf der Grundlage eines kommunalen Integrationsleitbildes
Vorlage: IV/2006/05707
5. Anträge
 - 5.1. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541
 - 5.2. Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Frigga Schlüter-Gerboth und des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Änderung der Marktordnung
Vorlage: IV/2006/05724
 - 5.3. Antrag der CDU-Ratsfraktion - Strukturierung und Begrenzung von gewerblicher und politischer Plakatierung
Vorlage: IV/2006/05737
6. Informationen
 - 6.1. Information zum Stand der Durchsetzung des Aktionsplanes/Luftreinhalteplanes
 - 6.2. Information zum neuen Rettungsdienstgesetz
7. Anfragen
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Wehrich**, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Da Frau Wolff wegen eines anderen Termins etwas später zur Ausschusssitzung erscheint, bat **Herr Wehrich**, den TOP 5.1. erforderlichenfalls zeitlich nach hinten hinaus zu schieben. Dazu gab es keine Einwände.

Sodann wurde nachfolgender Tagesordnung einstimmig zugestimmt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2006
4. Vorlagen
- 4.1. Beitritt zu europäischen Netzwerken auf der Grundlage eines kommunalen Integrationsleitbildes
Vorlage: IV /2006/05707
5. Anträge
- 5.1. Wiedervorlage: Antrag der Stadträte Wolff/Schuh – Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541
- 5.2. Wiedervorlage: Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Frigga Schlüter-Gerboth und des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck – Die Linkspartei.PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) – zur Änderung der Marktordnung
Vorlage: IV/2006/05724
- 5.3. Antrag der CDU-Ratsfraktion – Strukturierung und Begrenzung von gewerblicher und politischer Plakatierung
Vorlage: IV/2006/05737
6. Informationen
- 6.1. Information zum Stand der Durchsetzung des Aktionsplanes/Luftreinhalteplanes
- 6.2. Information zum neuen Rettungsdienstgesetz
7. Anfragen
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2006**

Protokoll:

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

zu 4 **Vorlagen**

zu 4.1 **Beitritt zu europäischen Netzwerken auf der Grundlage eines kommunalen Integrationsleitbildes** **Vorlage: IV/2006/05707**

Protokoll:

Frau Schneutzer informierte, dass die Vorlage mit dem Ausländerbeirat und der Steuerungsgruppe des Netzwerkes abgestimmt worden sei. Sie ging in ihren Ausführungen mittels einer Präsentation auf die Anlage 3 der Vorlage ein und hob besonders hervor, dass die Stadt Halle die erste ostdeutsche Stadt sei, die dem „Netzwerk der Europäischen Konferenz Städte für Menschenrechte“ beitreten werde.

Dem Antrag des **Herrn Wehrich**, dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Diaby, das Rederecht zu erteilen, wurde zugestimmt.

Herr Diaby äußerte, dass der Beitritt auch für die Wirtschaft von Vorteil sei. In Halle habe sich sehr viel bewegt. Die Ergebnisse könne man mit Stolz nach außen tragen.

Frau Wolff fehlt ein Handlungskonzept, welches sie bereits in einer Sitzung angemahnt habe und wollte wissen, ob dies in die Vorlage für die Stadtratssitzung am 19.07.06 mit eingearbeitet werde. Nach ihrer Meinung gäbe es zu viele Netzwerke. Der Präventionsrat habe das letzte Mal im August 2005 getagt. Die nächste Sitzung ist nun für den 05.07.06 vorgesehen. Sie hoffe, dass regelmäßig im Fachausschuss und im Stadtrat berichtet werde. Ferner wollte **Frau Wolff** wissen, ob es über die Tätigkeit der einzelnen Arbeitsgruppen Protokolle gäbe, denn in der Vorlage werde das sehr allgemein dargestellt.

Frau Schneutzer antwortete, dass aller zwei Jahre ein Bericht vorgelegt werde. Die Arbeit kann nur mit Akteuren durchgeführt werden. Ihr selbst würden viele Maßnahmen einfallen. Ob diese aber richtig seien, könne nur mit den Akteuren entschieden werden. Es werde nicht noch ein Netzwerk im Netzwerk gebildet werden. Die Zusammenarbeit mit dem Präventionsrat müsse verstärkt werden.

Herr Dr. Fikentscher ist der Ansicht, dass die Vorlage sehr gute Absichten widerspiegele. Alles, was man mache, habe unter Umständen Nachteile und Risiken. Wird eigentlich auch gesagt, ob die Arbeit gut gemacht werde oder ob es Risiken gäbe. Des Weiteren wollte Dr. Fikentscher wissen, warum nicht andere ostdeutsche Städte dem Netzwerk beitreten wollen.

Frau Schneutzer äußerte, dass 400 Städte eine Absichtserklärung abgegeben hätten, aber noch nicht Mitglied seien. Das 10-Punkte-Programm hätten 40 Städte noch nicht unterschrieben. Man habe auch mit anderen Städten gesprochen, die das zwar als eine gute Sache ansehen würden, aber daran sehr viel Arbeit hänge. Auch Magdeburg scheue sich davor. Ein Risiko sehe sie nicht, da das Programm langfristig angelegt sei. Nachteile, wenn ein Punkt nicht erfüllt werde, gäbe es nicht. Projekte von Städten, die im Netzwerk mitarbeiten, werden mittels Fördermittel unterstützt.

Herr Zeidler stellte drei Fragen:

1. Ist zusätzliches Personal nötig?
2. Leiten sich aus dem Beitritt Rechtsansprüche für die Bürger ab ?
3. Ist ein großer Aufwand an Berichterstattung damit verbunden?

Frau Schneutzer antwortete, dass ein großer Aufwand an Berichterstattung nicht erforderlich ist. Die Stadt werde aller zwei Jahre berichten und entsprechende Maßnahmepläne vorlegen. Eine personelle Aufstockung sei nicht erforderlich. Zurzeit sei eine Praktikantenstelle vorhanden. Landesförderung gäbe es zunächst bis 2007. Des Weiteren gäbe es keine Rechtsansprüche der Bürger.

Herr Dr. Diaby antwortete, dass versucht werde, alles, was bisher getan wurde, zu bündeln und international zu verkaufen. Man sollte mit Stolz die Ergebnisse positiv nach außen tragen. Halle sei Vorreiter. Es passiere vieles, was leider in der Öffentlichkeit nicht so bekannt sei.

Die Vorlage wurde mit

8 – Ja-Stimmen

einstimmig angenommen.

zu 5 Anträge

zu 5.1 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost Vorlage: IV/2006/05541

Protokoll:

Frau Wolff stellte den Antrag, die Behandlung der Wiedervorlage zurück zu stellen , weil im Planungsausschuss gesagt wurde, dass der Endbericht erst nächste Woche vorgelegt werden könne. Da eine umfassende Information wichtig sei, solle auch dieser Ausschuss so verfahren.

Herr Gey bestätigte die Aussage und teilte mit, dass dem Planungsausschuss der Endbericht am 27.06.06 vorliegen werde.

Herr Doege bat den GB II um den Endbericht für die nächste Ausschusssitzung.

Beschluss:

Die Behandlung des Antrages wird auf die Ausschusssitzung am 20.07.06 verschoben, da dann der Endbericht des GB II vorliegt.

Mit **7 – Ja-Stimmen**
wurde der Vertagung **einstimmig** zugestimmt.

zu 5.2 Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Frigga Schlüter-Gerboth und des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Änderung der Marktordnung Vorlage: IV/2006/05724

Protokoll:

Frau Schlüter-Gerboth zog den Antrag zurück, da nach Aussprache des Fachbereiches Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit mit Vertretern des Stadt und Land Region Halle e. V. festgestellt wurde, dass es noch Gesprächsbedarf der Direktvermarkter untereinander gäbe und somit eine Entscheidungsreife für einen derartigen Antrag nicht gegeben sei.

Herr Dr. Müllers ergänzte, dass er mit Vertretern des Stadt und Land Region Halle e. V. gesprochen habe. An dem Gespräch nahm Frau Schlüter-Gerboth teil. Im Ergebnis der Aussprache wurde festgestellt, dass die Bedarfe der Direktvermarkter noch nicht bekannt seien.

zu 5.3 Antrag der CDU-Ratsfraktion - Strukturierung und Begrenzung von gewerblicher und politischer Plakatierung Vorlage: IV/2006/05737

Protokoll:

Herr Bartl begründete den Antrag und verwies u. a. darauf, dass es um eine sinnhafte Plakatierung gehe.

Herr Wehrich stellte einen **Änderungsantrag**. Er bat, beim Beschlussvorschlag den Text „analog der Verfahrensweise der Verwaltungsgemeinschaft Wolfen“ zu streichen.

Frau Wolff verwies auf ein Gespräch mit Herrn Godenrath, wonach es um eine allgemeine Einschränkung gehen würde, unabhängig von der Mitgliedergröße politischer Parteien und Gruppierungen.

Herr Dr. Fikentscher ist der Ansicht, dass bei Streichung der Passage der Prüfauftrag erweitert sei.

Herr Doege teilte mit, dass der Antrag sich auf gewerbliche und politische Plakatierung beziehe und verwies auf Probleme bei gewerblicher Plakatierung, weil die Stadt einen Vertrag mit DSM/Fa. Ströer habe. Daran sei man gebunden, und im Rahmen dieses Vertrages müsse man sich bewegen. Was die politische Plakatierung betreffe, sei dies nicht problematisch, da dafür kein Entgelt erhoben werde. Eine abschließende rechtliche Beurteilung gäbe es noch nicht, weil es in der Verwaltung die Rechtsauffassung gäbe, dass die Entscheidung des OVG auch auf verfassungsrechtliche Bedenken stoßen könne.

Dem Änderungsantrag, im Beschlussvorschlag den Text „analog der Verfahrensweise der Verwaltungsgemeinschaft Wolfen“ zu streichen, wurde mit

7 – Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

Dem Prüfauftrag wurde gemäß dem Änderungsantrag mit

7 – Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

zu 6 Informationen

zu 6.1 Information zum Stand der Durchsetzung des Aktionsplanes/Luftreinhalteplanes

Protokoll:

Herr Doege informierte, dass in der Ausschusssitzung Monat November d. J. unter Einbeziehung des Umweltministeriums des Land Sachsen-Anhalt und des Landesamtes für Umweltschutz über die Durchsetzung des Aktionsplanes/Luftreinhalteplanes berichtet werde. Ferner informierte er darüber, dass es dem Europäischen Parlament gelungen sei, Veränderungen zur EU-Feinstaubrichtlinie einzubringen. Demgemäß sollen zukünftig Städte, die aufgrund geographischer und meteorologischer Besonderheiten eine erhöhte Belastung haben, künftig bis zu 55 Mal den Grenzwert überschreiten dürfen.

Frau Balleyer ergänzte, dass der vorläufige Aktionsplan den Ausschussmitgliedern bereits vorgelegt wurde, und es im Wesentlichen zu der jetzt vorliegenden Fassung keine Veränderungen gäbe. Für die Geschwindigkeitskontrollen seien umklappbare Verkehrsschilder in der Merseburger Str. angebracht worden. Dreimal wöchentlich werden die Gehwege gereinigt. Der Neubau von Straßen, wie z. B. Voßstr., sei noch nicht berücksichtigt worden. Die Polizeidirektion habe ebenfalls den Luftreinhalte-/Aktionsplan erhalten. Er sei auch in das Netz eingestellt und eine Presseveröffentlichung werde ebenfalls veranlasst.

Über die dynamischen Informationstafeln des Parkleitsystems der Stadt erfolge bei erhöhter Feinstaubbelastung zeitnah eine Information an die Bürger über die Aktivierung eines digitalen Schriftzuges mit dem Wortlaut: Erhöhte Feinstaubkonzentration in Halle! Nutzen Sie bitte Nahverkehrsmittel.

Herr Dr. Fikentscher ist der Ansicht, dass solch eine Formulierung den Bürger und die Besucher abschrecken würde, in die Stadt zu fahren. Die Absicht sei zwar richtig, der Text höre sich jedoch wie eine Drohung an.

Herr Doege und Frau Balleyer sagten die Prüfung für eine veränderte Formulierung zu.

Zum Hinweis von **Herrn Wehrich**, eine öffentliche Diskussion zum Feinstaub zu führen, teilte **Herr Doege** mit, dass dies jährlich durchgeführt werden solle.

Frau Balleyer verwies darauf, dass die Verwaltung zurzeit die Gefahrenabwehrverordnung überarbeite und hier u. a. eine Passage enthalten sein wird bezüglich des Brauchtumsfeuers im Zusammenhang mit der Feinstaubbelastung.

zu 6.2 Information zum neuen Rettungsdienstgesetz

Protokoll:

Herr Sicks ging auf die den Ausschussmitgliedern vorgelegte Zuarbeit zum neuen Rettungsdienstgesetz ein, das zum 01.01.2007 in Kraft tritt. Er verwies auf wesentliche Veränderungen zu dem zurzeit noch existierenden Rettungsdienstgesetz. Wesentliche Veränderungen bzw. Neuerungen sind:

- Die Sicherstellungspflicht für die notärztliche Versorgung gehe von den kreisfreien Städten/Landkreisen auf die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt über.
- Ferner werde eine Konzentration der bestehenden Leitstellen angestrebt. Bis zum 31.12.08 sollen dazu verbindliche Vereinbarungen zum Betrieb gemeinsamer Leitstellen vorgelegt werden. Die Stadt Halle erfülle die Forderung bereits, die die Leitstelle gemeinsam mit dem Saalkreis betreibe. Die zurzeit tätige Arbeitsgruppe, der Vertreter der Stadt, des Saalkreises und Merseburg/Querfurt angehören, sei bestrebt, die Zusammenarbeit auf den Saalekreis auszudehnen.
- Des Weiteren werde im neuen Gesetz vorgegeben, einen Ärztlichen Leiter im Rettungsdienst zu bestellen.

Der Zusammenschluss mehrerer Gebietskörperschaften zu größeren Rettungsdienstbereichen werde durch die Arbeitsgruppe derzeit in Erwägung gezogen, so **Herr Sicks**.

Herr Bartl wollte wissen, ob der Notarztmangel in den ländlichen Bereichen behoben werde, wenn die Kassenärztliche Vereinigung sich dafür einsetze.

Herr Sicks antwortete, dass die Kooperation besser ausgebaut werden müsse. Ärzte auch in das Notarztsystem zu integrieren, setze entsprechende Qualifizierungsnachweise voraus.

Herr Doege ergänzte, dass Notärzte bestimmte Qualifikationen aufweisen müssen, die in den Städten vorhanden seien. Die Stadt sei von der Notarztsituation nicht betroffen.

Der Ausschuss nahm die Information zur Kenntnis.

zu 7 **Anfragen**

Protokoll:

Herr Wunsch informierte darüber, dass sich ein Bürger darüber beschwert habe, ständig eine Verwarnung wegen ungerechtfertigten Parkens zu erhalten. Dies würde meist sein Fahrzeug betreffen. Andere Fahrzeuge, die dort parken, würden keine Verwarnung erhalten.

Herr Doege und Herr Dr. Müllers antworteten. Bei dem Bürger handele es sich um einen Studenten, der sich bereits wiederholt beschwerte. Der Parkbereich sei als verkehrsberuhigte Zone ausgewiesen. Hier sei das Parken nur auf besonders gekennzeichneten Flächen erlaubt. Während die anderen Fahrzeuge ordnungsgemäß abgestellt waren, sei es bei dem Studenten nicht der Fall gewesen. Es sei auch eindeutig nachweisbar, dass das Fahrzeug nicht ordnungsgemäß parkte.

Frau Schlüter-Gerboth teilte mit, dass sie von Eltern der Fröbelschule die Mitteilung über den schlechten Zustand des Schulsportplatzes in der Borchertstr. erhielt. Als solcher könne er nicht genutzt werden. U. a. würden Hunde dort frei herumlaufen. Sie möchte wissen, was mit dem Schulsportplatz vorgesehen sei.

Herr Doege sagte eine Prüfung des Sachverhalts zu.

Die Frage von **Frau Schlüter-Gerboth**, ob der Saugraben mit Wasser aus dem Graebsee versorgt werde, beantwortete **Frau Balleyer**. Sie teilte u. a. mit, dass die Gewässer in Halle-Neustadt künstlich auf einen Wasserspiegel gehalten werden. Es verlaufe alles ordnungsgemäß.

Herr Dr. Yousif wollte wissen, wann die Stadtverwaltung auf den Offenen Brief bezüglich der Veranstaltung des Senders MTV am 17.06.2006, der an alle Stadtratsfraktionen gesandt wurde, antwortet.

Herr Doege antwortete dahingehend, dass der GB III an den Bereich der Oberbürgermeisterin eine schriftliche Stellungnahme übergibt. Da es mehrere Bereiche der Stadtverwaltung und die SMG betrifft, erfolgen die Koordinierung und die Antwort durch das OB-Büro. Die Fraktionen erhalten eine Kopie der Antwort.

Frau Wolff wollte wissen, wann die nicht mehr genutzten „Bretterbuden“ im Stadtpark beseitigt werden.

Herr Doege verwies auf die Zuständigkeit des GB II. Daher werde die Frage zur Beantwortung an diesen Geschäftsbereich weitergeleitet.

Herr Bartl beschwerte sich über die Ansammlung von Personengruppen (Punkern) im Bereich der Hausmannstürme und des Springbrunnens und wollte wissen, ob es konzeptionelle Überlegungen zum Umgang mit solchen Personen gäbe.

Herr Doege bemerkte, dass die Verwaltung an dem Problem arbeite. Ein Konzept gäbe es nicht. Die Verwaltung könne nur tätig werden, wenn sie feststelle, dass Ordnungswidrigkeiten begangen werden. Dabei handele es sich immer um

Momentandelikte. Das SOG sei eine Rechtsgrundlage, die kaum greife. Wenn es die Möglichkeit hergibt, werde mit Platzverweisen gearbeitet.

Herr Dr. Müllers ergänzte, dass das Grünflächenamt um das Händeldenkmal Blumenkübel aufgestellt habe, die auch nach den Händelfestspielen dort bleiben. Er habe verstärkte Kontrollen veranlasst. Allerdings gäbe es auch personelle Grenzen. Ein Ordnungswidrigkeitstatbestand müsse immer nachgewiesen werden. In der Vergangenheit seien auch schon Platzverweise ausgesprochen worden. Auch mit der Polizeidirektion werde zusammen gearbeitet. Wenn Bürger etwas feststellen und die Leitstelle anrufen, könne die Stadt tätig werden. Allerdings müsse der Bürger auch als Zeuge zur Verfügung stehen.

Herr Wehrich fragte nach dem Ergebnis der begleitenden Messungen anlässlich der Turntable Days.

Herr Doege äußerte, dass keine Überschreitungen der festgelegten Immissionswerte festgestellt wurden. Die Grenzwerte seien deutlich unterschritten worden. Messungen wurden durch eine vom Veranstalter beauftragte Firma sowie durch die Stadtverwaltung durchgeführt. Bei der Polizei habe es 15 Anrufe und bei der Einsatzleitstelle neun Anrufe hinsichtlich der Lärmbelästigung gegeben. Allerdings seien einige zurückzuführen auf Veranstaltungen im Rahmen des Händels Open . Die Stadt habe sich zum Turntable Days als ein spezielles Jugendevent bekannt.

zu 8 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 9 Anregungen

Protokoll:

Herr Schiller bemerkte, dass Herr Gobsch in der Mai-Stadtratssitzung auf die Pfingstumwelttage hinwies und die Stadträte um Teilnahme bat. Er selbst habe daran teilgenommen.

zu 10 **Mitteilungen**

Protokoll:

Mitteilungen gab es nicht.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin